Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Juni 2023

NEUER VORSTAND FÜR DEN SPD-ORTSVEREIN

Am 23.Mai 2023 hatte der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach eine Mitgliederversammlung in der Gaststätte des TUS Olsbrücken: Hauptthemen dieser gut besuchten Versammlung waren Neuwahlen und der Rechenschaftsbericht des alten Vorstands nebst Kassenbericht.

In seinem Rechenschaftsbericht führte Ortsvereinsvorsitzender Rolf Künne aus, dass die vergangene Wahlperiode von den Beschränkungen der Coronapandemie geprägt war, die größere Veranstaltungen nur begrenzt möglich machten. Dennoch konnte es zwei größere Zusammenkünfte geben, nämlich die Ehrungen verdienter Mitglieder für langjährige Mitgliedschaft in der SPD und einen Diskussionsabend mit dem Mitglied des deutschen Bundestages Matthias Mieves. Im Übrigen habe man sich sehr stark auf virtuelle Aktivitäten konzentrieren müssen, dabei unter anderem mit dem Bemühen beim Bundesverkehrsministerium und beim Landesbetrieb Mobilität in Kaiserslautern sowohl für die Realisierung der Umgehungsstraße zu werben als auch den Sachstand zu ermitteln. Leider sei bis heute nichts entscheidend Neues bekannt.

Die „Dorfschell“ erscheine weiterhin alle zwei Monate und sei auch in Hirschhorn und Sulzbachtal verteilt worden. Ansonsten habe man als Ortsverein Ortsbürgermeister Walter Schneck in Olsbrücken und Beigeordneten Michael Jung in Frankelbach in ihren Aktivitäten unterstützt. Letztlich könne man erfreut feststellen, dass die Zahl der Ortsvereinsmitglieder in der letzten Wahlperiode leicht gestiegen sei.

Kassiererin Daniela Jung konnte mit Zufriedenheit berichten: Die Kassenlage des Ortsvereins ist gut, so dass die Aktivitäten des Ortsvereins finanzierbar sind, einschließlich des bevorstehenden Kommunalwahlkampfes.

Eine geordnete Kassenführung wurde von den beiden Kassenprüferinnen Rita Schuhmacher und Julia Simonis bestätigt. Diese beantragten die Entlastung des Vorstandes, die einstimmig erfolgte.

An diesen Geschehen schlossen sich die Neuwahlen an, deren Ergebnisse alle ohne Gegenstimmen zustande kamen.

Die Wahl des neuen Vorstands, für den Vorsitzender Rolf Künne aus Altersgründen nicht mehr kandidierte, hatte folgende Resultate:

Vorsitzender. Thorsten Haferanke,
Stellvertretender Vorsitzender: Michael Simonis
Kassiererin: Daniela Jung
Schriftführer: Michael Jung
Beisitzer: Iris Kannegieser-Rosenwald und Lothar Sorger.

Rita Schumacher und Julia Simonis wurden in ihren Ämtern als Kassenprüferinnen wiedergewählt.

Acht Delegierte waren zu wählen. Diese sind:
Thorsten Haferanke, Daniela Jung, Michael Jung, Iris Kannegieser-Rosenwald, Lothar Sorger, Rita Schumacher, Annerose Molitor-Schworm, Julia Simonis.

In einer späteren Diskussion bedauerten die Mitglieder sehr, dass das Land Rheinland-Pfalz seine Entschuldungsleistungen bei den sogenannten Liquiditätskrediten (früher Kassenkredite genannt), an schwere, sehr belastende Auflagen knüpft. Wenn man an dem Entschuldungsprogramm teilnehmen will, muss man einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Dies bringt gewaltige Steigerungen bei der Grundsteuer B zwangsläufig mit sich. Näheres zu diesem Thema findet sich in dieser Ausgabe im Artikel „In der Klammer“.

Am Ende der Mitgliederversammlung dankte Neuvorsitzender Thorsten Haferanke dem früheren Vorsitzenden Rolf Künne für seine langjährige Tätigkeit und überreichte ihm im Namen des Ortsvereins ein Geschenk.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der neue Vorstand des SPD-Ortsvereins Olsbrücken -Frankelbach besticht unter anderem durch seine Ausgewogenheit. Zwei Mitglieder wohnen in Frankelbach, vier in Olsbrücken, was den Größenverhältnissen der beiden Orte sich annähert. Er hat zwei Frauen in seinen Reihen und er verfügt über eine gute Altersmischung. Denn zwei Mitglieder sind in den Dreißigern, eines in den Vierzigern, zwei in den Fünfzigern und eine Person ist etwas über sechzig. Diese Durchmischung ermöglicht es, die Interessen der einzelnen Altersgruppen im Vorstand zu repräsentieren. Fernerhin ist der Vorstand erfahren und hat in Lothar Sorger ein Mitglied, das auf eine lange politische Laufbahn zurückblicken kann. Also: Die Voraussetzungen für eine solide, sachbezogene Arbeit sind gelegt. Der Vorstand wird sogleich in seine Arbeit eintreten, denn es gibt viel zu tun. Vieles was man für die Bürgerinnen und Bürger machen kann und muss.

In dieser Ausgabe musste leider ein Thema angesprochen werden, das sich für die Bürgerinnen und Bürger unangenehm entwickeln kann: Die brisante Verbindung von Entschuldungsfonds des Landes Rheinland-Pfalz mit dem vom Lande geforderten Haushaltsausgleich. Das Land Rheinland-Pfalz zwingt durch die Aussage, nur Kommunen mit ausgeglichenem Haushalt können mit einer Entschuldung rechnen, die Kommunen zu einschneidenden Maßnahmen zulasten ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die großen Hoffnungen, die die Gemeinden auf die Entschuldungsbereitschaft des Landes gesetzt hatten, haben einen herben Schlag bekommen. Denn bei allen vier Ortsgemeinden Frankelbach, Olsbrücken, Sulzbachtal und Hirschhorn ist die Haushaltslage miserabel. Das hat seine Gründe in der Strukturschwäche unserer Region, aber ganz besonders in der fehlenden Bereitschaft des Landes, die Kommunen mit genügenden finanziellen Mitteln auszustatten. Vergessen wir nicht: Erst durch ein Urteil des Verfassungsgerichts von Rheinland-Pfalz wurde das Land gezwungen, seine finanziellen Leistungen an seine Gemeinden zu verbessern.

Aber jetzt hat das Land einen Dreh gefunden, auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger Geld zu sparen. Denn die meisten Kommunen, die schon finanziell völlig ausgezehrt sind, können einen Haushaltsausgleich nur durch eine massive Erhöhung der Grundsteuer B erreichen. In Olsbrücken musste die Grundsteuer B von 450 Prozent auf 550 Prozent gehoben werden. Um den Forderungen des Landes gerecht zu werden, müsste Olsbrücken die Grundsteuer B auf über 700 Prozent für das Jahr 2023 und auf über 800 Prozent für das Jahr 2024 festsetzen. Diesem Ansinnen des Landes kann sich letztlich keine Gemeinde verweigern, denn welche Bürgermeisterin, welcher Bürgermeister, welcher Ortsgemeinderat wird und will sich nachsagen lassen, man habe durch Verweigerung der Erfüllung der Landesvorgaben die Entschuldung der Kommune verhindert.. **Man wird die Grundsteuer B entsprechend erhöhen müssen.** Und das geht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Und das Perfide an der Sache: Das Land spart bei der Finanzausstattung der Kommunen, weil die Einnahmeseite der Kommunen sich durch die erzwungenen Leistungen der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verbessert. **So spart das Land wieder auf Kosten Dritter, diesmal nicht bei den Kommunen selbst sondern bei deren Einwohnern.**

IN DER KLEMME

Die finanzielle Situation der Kommunen in Rheinland-Pfalz ist schon seit Jahrzehnten schlecht. Viele können ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen und das schon seit vielen Jahren. Das gilt zwar nicht für alle Gemeinden, insbesondere an der Rheinschiene sieht es besser aus. Aber zum Beispiel diejenigen in der Westpfalz sind überwiegend in dieser miserablen finanziellen Lage.

Die Gründe dafür sind hinreichend bekannt, nämlich das Aufdrücken von massenhaften Leistungen durch Land und Bund, die nur unzureichend von Land und Bund finanziert wurden und werden. In Rheinland-Pfalz kommt noch hinzu, dass das Land über viele Jahre die Kommunen nicht genügend finanziell ausgestattet hat. Das Ergebnis ist verheerend: **Die Kommunen sind überwiegend wirtschaftlich ausgeblutet und hoch verschuldet!**

Nun soll sich das endlich ändern, nun soll den Kommunen finanziell durch das Land geholfen werden. Das Land will große Teile der sogenannten Liquiditätskredite übernehmen, die Gemeinden also insgesamt entschulden. Dafür will das Land stattliche 3 Milliarden Euro in die Hand nehmen. Diese „Teil"-Entschuldung (die Investitionskredite werden vom Land nicht abgelöst) ist für die Kommunen in einer Zeit der steigenden Kreditzinsen finanziell überlebenswichtig. Also: Eine lobenswerte Initiative des Landes, aber vor dem Hintergrund, dass die bedrängte Situation der Gemeinden zum großen Teil vom Land zu verantworten ist.

Aber: Jetzt kommt ein großes Aber!

Das Land knüpft die Entschuldungsleistungen an eine schwere Auflage: **Entschuldung bekommen nur die Kommunen, die einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.** Aber wie soll das gehen? Wie wollen das zum Beispiel Gemeinden wie Frankel-

bach, Olsbrücken, Sulzbachtal, Hirschhorn erreichen? Auf der Ausgabenseite ist nahezu nichts einzusparen, man ist schon auf der letzten Rille. Also bleibt nur, die Einnahmenseite zu erhöhen, Und die einzige nennenswerte Quelle zur Einnahmenverbesserung ist die Erhöhung der Grundsteuer B. Olsbrücken und Frankelbach sind in ihren Haushalten diesen Weg -teilweise- gegangen, indem sie den Hebesatz der Grundsteuer B auf 550 Prozent erhöht haben. Nur reicht das nicht, um die Haushalte 2023 und 2024 auszugleichen. Das heißt: **Nach den neuen Regeln des Landes wären Olsbrücken und Frankelbach vom Entschuldungsfonds ausgeschlossen.** Um einen Haushaltsausgleich zu erreichen, müsste Olsbrücken die Grundsteuer B auf **709 Prozent** (2023) und auf **816 Prozent** (2024) erhöhen. Ist die Anhebung auf 550 Prozent noch in etwa gegenüber dem früheren Satz von 450 Prozent neutral, weil nach den neuen Grundsteuerregeln die Grundsteuer etwas sinkt. So ist der Hebesatz von über 700 Prozent und erst recht bei über 800 Prozent bei weitem nicht mehr neutral.

Eine gewisse -zeitlich begrenzte- Entschärfung könnte eintreten, weil es Signale gibt, dass für Olsbrücken und Frankelbach dennoch eine Haushaltsgenehmigung für das Jahr 2023 in Frage kommen könnte. Grund ist, dass man seitens der Aufsichtsbehörde ursprünglich davon ausgegangen war, dass ein Grundsteuerhebesatz von etwa 550 Prozent den Anforderungen des Landes genügen könnte. Man hat deshalb auf dieser Basis schon Haushalte genehmigt. Aus Gründen der Gleichbehandlung würde es dann ggfs. zu einer Haushaltsgenehmigung kommen. (Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Ausgabe war die Entscheidung noch nicht gefallen). Ob diese Haushaltsgenehmigung ausreichend wäre, um die Landeskriterien für eine erfolgreiche Entschuldung von Olsbrücken und Frankelbach zu erfüllen, ist sehr unwahrscheinlich.

Es bleibt deshalb wohl dabei, dass man um die Frage der Erhöhung der Grundsteuer B auf die über 700 Prozent (2023) und über 800 Prozent (2024) nicht herumkommen wird, wenn man am Entschuldungsfonds teilnehmen will.

Der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach hat sich in einem offenen Brief an den Landtagsabgeordneten (MdL) Thomas Wansch gewandt und ihn gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Frage Haushaltsausgleich-Entschuldung differenziert betrachtet wird, nämlich je nachdem wie die Struktur der Gemeinden und ihres Umfelds ist. Auf jeden Fall solle die strukturelle Schwäche der Westpfalz und die damit verbundene schlechte Einnahmenseite Berücksichtigung bei der Entscheidung über den Schuldenabbau finden.

NEUES AUS OLSBRÜCKEN

Die Arbeiten zum Aufbau des Spielgerätes haben begonnen. Die Baugrube ist ausgehoben und die Fundamente gesetzt. Aufgrund des schlechten Wetters in der letzten Zeit hat sich die Fertigstellung verzögert. Jetzt geht es aber mit Hochdruck weiter.

Endlich sind sie da, die neuen Mitbewohner in Olsbrücken. Ein Storchenpaar hat sich auf dem Storchennest beim Sportplatz niedergelassen. Nachwuchs ist auch schon eingekehrt. So haben sich doch noch die Mühen der früheren Zeit gelohnt.

MAN NIMMT MICH NICHT ERNST

Man hat es schon oft erlebt: Das was die da in Berlin oder Mainz machen, weiß ich besser. Aber auf mich hört ja keiner! Außerdem weiß ich nicht, wie ich denen, was ich meine, mitteilen kann.

Dieses Gefühl, nicht ernst genommen zu werden, ist nicht selten. Und es führt zu Frust, bis hin zur Ablehnung all dessen, was „von oben“ kommt. Da dieses Gefühl auch noch von manchen Medien befeuert wird (Bildzeitung), entwickelt sich da etwas Gefährliches, etwas das bis zu Zweifeln an unserem politischen System oder gar zu dessen Ablehnung führen kann. Und diese Befürchtung wird gestützt durch eine Infratest-dimap-Umfrage, wonach nur 20 Prozent der Jugend der Auffassung sind, ihre Meinung zähle etwas in der Politik. So ist es nicht von der Hand zu weisen, dass viele Jugendliche sich von der Politik abwenden, weil sie den Eindruck haben, „denen da oben“ gleichgültig zu sein. Und dieser Eindruck könnte sich vor dem Hintergrund des manchmal kleinkarierten und teilweise auch verlogenen Parteiengezänks noch verfestigen. Nun ist es blanke Illusion, bei einem Volk von mehr als 80 Millionen direkt bei Ministerien oder Regierungschefs Gehör finden zu können. Rein organisatorisch kann eine Administration um eine Ministerin/einen Minister oder gar der Regierungsspitze nicht jeden Einwurf, jede Anfrage beachten, bewerten, beantworten. Aber das ist auch nicht nötig. Jeder Wahlkreis hat einen Abgeordneten und dieser hat ein Bürgerbüro. Bei uns sind das **Matthias Mieves (SPD)** für die Bundespolitik und **Thomas Wansch (SPD)** für die Landespolitik. Die Kontaktdaten findet man im Internet.

Aber wer diesen Weg nicht gehen will, kann sich auch direkt an die jeweiligen politischen Gliederungen vor Ort von SPD, CDU, FWG (die anderen sind organisatorisch in unseren Gemeinden nicht vertreten) wenden. Zum Beispiel kann man den Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach Thorsten Haferanke unter der Telefonnummer 06308/994976 oder per E-Mail unter toto2711@genion.de erreichen. Diese werden, wenn sie das ihnen Zugeleitete nicht selbst verwerten oder beantworten können, die Nachricht an ihre Repräsentanten, bei der SPD Matthias Mieves und Thomas Wansch weiterleiten. Eine Reaktion kann man erwarten und sie wird auch gegeben werden.

Also: Wenn man sich ein wenig bemüht, dann wird man gehört und auch ernst genommen.

IMPRESSUM:

Die Dorfschell (Sonderausgabe) – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/ Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach

Auflage dieser Ausgabe: 660
Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)